

Dresdner Volkszeitung

Postleitzahl: Leipzig,
Garten & Romm., Str. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleihung:
Mittwoch, Dienstag.

Aboptionspreis mit der täglichen Unterhaltungszeitung Leben, Willen, und einheitlich Eringelohne monatlich 180 R. Durch den Post befreite monatlich 400 R., unter Kreisland für Landhand und Lederwaren zu 20 R. 6.50. Ersteinsicht mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Mittwoch 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur zwischen 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Mittwoch 10. Tel. 25281.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Abfertigungen werden die Tageszeitungen einzeln mit 45 Pf. berechnet, bei gleichzeitiger Wiederholung wird diese geweckt, ebenso auf Sonntagszeitungen. Zeitungen müssen bis spätestens 10 Uhr nach in der Sprechstunde angegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung.

Nr. 48

Dresden, Dienstag den 26. Februar 1918.

29. Jahrg.

Hertling und Payer vor dem Reichstag.

Entgegenkommen an Wilson. — Russland nimmt die Friedensbedingungen an. Payer für das gleiche Wahlrecht. — Entrüstungsturm rechts!

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Erst mit Aufnahme der Arbeit durch den gesundheitlich wiederhergestellten Vertreter des Kanzlers, Payer, ist die neue Plenarsitzung voll in die Entwicklung getreten. Das erste gemeinsame Auftreten Hertlings und Payers im Reichstag hat für die gesamte Reichspolitik, die auswärts wie innere, eine Entwicklung gebracht, die, wenn sie in derselben Form weiter verbleibt, als eine glänzende und erfreuliche gesehen werden kann. Seit Leibniz-Vollmögts Abgang erhob die konservative Reaktion immer dreister das Haupt, und die Regierungsmänner wagten es nicht, gegen das Treiben der „Bauernpartei“ in Wort und Tat vorzugehen. In weiten Kreisen mußte daher das Empfinden entstehen, daß sie auch von der jüngsten Reichsleitung, obwohl sie aus der Politik der Mehrheitsparteien hervorgegangen ist, nichts weiter erwarteten. Payers Auftreten gegen den „Girtus Reich“ ist gezeigt, die kürzlich gewordene Aktionäre neu aufzutischen. Kaum jemals ist aber auch in der Geschichte des Reichstags ein solches Wulstkreis von den Bänken der Rechten gegen einen Regierungsbereiter laut geworden, als an diesem Tage. Das kennzeichnet die Lage der Dinge.

Der Reichskanzler Graf v. Hertling behandelte zuerst die großen Fragen der Kriegspolitik. Am 24. Januar hatte Hertling im Haupthaussaal mit der Botschaft Wilsons vom 8. Januar bestätigt. Seine damalige Rede mußte insbesondere in den Reichen der Sozialdemokratie einen wenig günstigen Eindruck verursachen. Weit mehr entgegenkommend zu der Botschaft Wilsons sprach sich zur selben Zeit der österreichisch-ungarische Minister Graf Czernin aus. Es folgte am 11. Februar die neue Antwort Wilsons auf Hertling und Czernin, in der ein starker Gegenzug zwischen der deutschen und der österreichischen Stellungnahme herausgearbeitet wurde. Es ist zu begreifen, daß nunmehr auch Hertling sich zu einer klareren Friedenspolitik zu einem besseren Entgegenkommen gegen die Verteidigung Wilsons entschlossen hat. Das hat die Sozialdemokratie in den letzten Wochen dingend von ihm gefordert und die beiden anderen Werkbündelparteien haben sich ihr angeschlossen.

Der Reichskanzler bestätigt in seiner jetzigen Rede, daß seine früheren Erklärungen über die Friedensmöglichkeiten von den Kriegsgegnern nicht vorurteilsfrei gewürdig waren. Er spricht den Zweifel an dem Augen und Erfolg der bisherigen Art der staatsmännischen Zweigespräche aus und richtet sie Wilson die Aufforderung, eine Aussprache zwischen Bevölkerungen in kleinem Kreise herbeizuführen. Dann gab Graf Hertling eine neue Erklärung über Belgien, die viel klarer ist als seine früheren. Er wiederholte nicht nur, daß Deutschland Belgien nicht behalten wolle, er berief sich auch ausdrücklich auf die Papstnote, die ein „nach allen Seiten unabhängiges Belgien“ fordert hat. Die Worte und Wege, die dazu führen, sollen am besten in einem engen Kreise besprochen werden. Auch die belgische Regierung in La Haye wurde zu solcher Aussprache geradzu eingeladen.

Auch sonst sind Hertlings Aussführungen jetzt weit hinzu gekommen zu den Friedensgrundzielen, die Wilson aufgestellt hat. Die ganze Blutschuld, wenn es dennoch nicht zu Friedensverhandlungen kommt, wird der Reichskanzler aus die Regierungen der Weltmächte, die noch fortwährend an ihren Erwerbsstrebungen und wirtschaftlichen Vergewaltigungsplänen festhalten. Wir möchten die schriftliche Note fordern, daß doch noch auf Grund dieser neuen Erklärungen von deutscher Seite in letzter Stunde vor neuen Verhandlungen wirtschaftlich die Verbindungsbrücke des Friedens geöffnet werden kann.

Auch mit den Verhältnissen im Osten befaßte sich der Reichskanzler. Er konnte dem Reichstage die Mitteilung machen, daß der Abschluß des Friedens mit Russland in nächster Aussicht steht. Schwierig, fügte er hinzu, seien die Verhandlungen mit Rumänien, bei denen es sich nicht um uns, sondern um unsere Verbündeten handelt und mancherlei Interessengegenseitigkeit auszugleichen sind.

Darauf nahm Herr v. Payer das Wort zu seiner Entschließungsrede im Reichstage. Die sozialdemokratische Fraktion war den Einwürfen Payers, des alten schwäbischen Ministers der Fortschrittspartei, in die Regierung stark verantwort und unterstützte. Wir erwartenen selbstverständlich von ihm, daß er etwas wie sozialdemokratische Politik treiben werde. Er ist ein bürgerlicher Minister und seine Aufgabe kann nur sein, gewisse dringende Hauptaufgaben der Verantwortung zu lösen zu bringen. Nach der ersten Rede von Payer vom Bundesstaatstaat hielt, darf gelagt werden, daß er den ernsthaften Willen besitzt, der ihm gewordenen Aufgabe nachzukommen. Payer hat als Befehlshaber nicht keine alten Überzeugungen preisgegeben, er ist auch im neuen Amt ein moderner Befehlshaber geblieben, der bereit ist, den Kampf um gegen die Rückwärtler und Feinde des Volkes zu führen.

Reval und Breslau besetzt. — Kämpfe in der Ukraine.

(W. T. A.) Am 11. Februar, Großes Hauptquartier, den 26. Februar 1918.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Gitschin:

Vier Tage nach Überschreitung des Now-Sundes haben gestern vormittag die auf Reval angestellten Truppen — Radfahrt, Kavallerie und Motorwagenwachschärfen — an der Spree — unter Führung des Generalleutnants Freiherrn v. Seckendorff nach Kampf die Festung genommen.

In Russland haben viele Städte bei unserer Einzage gefangen. Zahlreiche durch die Russen verhaftete Landesheimwohner wurden befreit.

Südlich von Breslau (Bistow) kamen unsere Regimente auf starken Widerstand. In heftigem Kampf schlugen sie den Feind. Die Stadt wurde genommen.

Heeresgruppe Linsingen:

Feindsliche Kräfte machen sich unten in der Ukraine längs

des Peipz vordehenden Abteilungen bei Antonowitschi entzogen. In schwindigem Augenblick wurde der Angriff geworfen, Stadt und Bahnhof zerstört.

In wenigen Tagen haben die Truppen der Heeresgruppe Linsingen zu Fuß mit der Bahn und auf Maschinengewehren unter großer Belastung und Entscheidungen mehr als 300 Kilometer zurückgelegt. Im Verein mit ukrainischen Truppen haben sie große Teile des Landes von plündernden Banden befreit.

Die ukrainische Regierung ist in den vom Feinde gehabten Gebieten die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt.

An Gefangenen wurden an der Spree neuerdings eingeschlagen 3 Divisionstäbe, 180 Offiziere und 3676 Mann. Gefangenenzahl und Beute aus Reval und Breslau lassen sich noch nicht abschätzen.

Son den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Große Generalquartiermeister: Ludendorff.

den Streik, fortwährt, der Rechten einen Sündenpiegel vorzuhalten, brach die konservative Müt in einer wahren Explosion über.

Ludendorffs Rede war Bekannter von der Öffentlichkeit und Schärflichkeit und Goldhaftigkeit des Volkes zu nehmen. Gegen die Kontrahenten wußte er sich, weil sie durch ihre magistrale Häufigkeit Agitation gegen Anderen lebendig und damit die Siegeshoffnungen der Kriegsgegner neu beleben. Er sagte ihnen ins Gesicht, daß sie den Willen einer Würde der Wehrheit des deutschen Volkes aufzwingen wollen. Er brandmarkte das Treiben derer, die von der „niederrüttenden Friedensresolution des Reichstags“ reden und einen Kämpfer fordern, „auf den geschossen wird und der siechen läßt“. Eine solche Geißelung ihrer Sünden, eine so heftige Siegeserklärung hatten die Konservativen nicht erwartet. Sie immer wilderer Entzündungssäulen zeigten sie, wie sehr sie sich getroffen fühlten.

Die Frage wird sein, ob der neue Befehlshaber genügende Kraft besitzt, den Aufstand aufzubauen, der gegen ihn entschlossen werden wird. zunächst haben wir es zu begrüßen, daß eine Klärung erfolgt ist, und die Aufgabe unserer Partei ist es, dafür zu sorgen, daß es nicht bei Wortgefechten bleibt, sondern daß die Taten folgen.

Die Dunkelkammer von Brest und Bukarest.

Wie der Reichskanzler gestern dem Reichstag mitteilte, haben die russischen Volkskommissare die deutschen Friedensbedingungen angenommen und abwehrt Bericht nach Brest entzogen. Der Beschluß der russischen Regierung erfolgte auf die deutsche Antwort hin, die dem bolschewistischen Kutter am Donnerstag ausgetragen worden war. Daraufhin fand laut P. T. A. in der Nacht zum 24. Februar eine Vollversammlung des ausführenden russischen Haupthaussaumes statt. Nach heftigster Debatte wurden die deutschen Friedensbedingungen von Brest-Litowsk, die aber durch die letzten Äußerungen Rücksicht auf die Russen ergänzt waren, angenommen. 125 Stimmen wurden dafür, 80 Stimmen dagegen abgegeben, 26 Mitglieder enthielten sich der Stimme, und 2 Anarchisten nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Weder der Reichstag, noch die Presse kennt Rückschlags, man weiß nur, daß der Befehlshaber weiter geht. Reval wurde gestern vormittag besetzt, ebenso Breslau (Bistow), die Stadt südlich des Peipz-Sees. Aufstand kapitulierte, Anteile soll um Erneuerung des Waffenstillstands ersucht werden — der Befehlshaber geht weiter! Wegen der fünf Prozent Deutschen, die in Estland und Finnland von den Russen bedroht werden, die sich Polens und Polens und Polens nennen? Nein, wenn's nur eine Rettung einer bedrängten Bevölkerung wäre! Aber nach den älteren Pressedarlegungen muß man annehmen, daß das politische Ziel des Befehlshabers die Fortsetzung Estlands und Polands von Russland ist. Hertling hat zwar die Regierung gegen den Verdacht vertheidigt, daß sie eine Rettung Deutschlands in Bistow anstrebe. Nein, das will Hertlings Regierung nicht, sondern eine Unabhängigkeit der polnischen Provinzen, eine Neugabe ihres Schießels auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts und ohne Russlands Einvernehmen. Ans Amt vor dem russischen Kolonialbeamten die Mittelmächte danach, ein Volkswelt von Russen, Polen und Litauen zwischen sich und dem Bistow zu legen. Aber dieses Volkswelt ist feins, sondern kann aussonder fallen, sowie Russland zu einer neuen, demokratischen Ordnung erwacht.

Und was dann zutäß bleibt, ist höchstens ein Zustand der Spannung zwischen den Mittelmächten und Russland. Und zersäß das Volkswelt nicht, so wird Russland die Erinnerung an seine ehemalige Position an der Spree erst recht nicht los.

Die Sozialdemokratie hat ihre Bedenken gegen diese Regelung der Sitzungen in der Presse und im Reichstag offengelegt, doch die Polen beweisen mit ihrer dogmatischen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Befreiung bis zur Vollständigung von Russland haben unseren Nationalisten die Befreiung erleichtert. Wenn jetzt im Süden aus dem von uns geschilderten und afferierten Verständigungsfrieden nur ein Zwieck der Verständigung mit den besetzten Gebieten wird, so schmerzt uns das, doch unser Protest verhält, nachdem uns die Polen sowohl die trifftigen Akantheit gegen solche Sitzung zerstört haben.

Dunkel, wie die Rücksichten auf Bistow aus sind auch die Forderungen des Befehlshabers an Rumänien. Nach Hertlings gestriger Meinung wird es in den Verhandlungen bei der Wahrung der Interessen der Verbündeten Schwierigkeiten geben? Das soll wohl auf Bulgarien deuten, dessen Regierung die Donau-Mündung bis zur Donau-Mündung fordert, eine Regierung der Donau-Mündung, die den Interessen der Mittelmächte widerspricht. In den Verhandlungen erscheint das Berliner Tageblatt:

Noch ältere russischen Pressemeldungen stellen die Verhandlungen bisher einen günstigen Verlauf dar. Das Donau-Mündung legen die Rumänen auf drei, vier oder fünf, vielleicht sechs, die sie im Berliner Artikel verdeckt, und das entsprechend Landerkarte, welche die Gebiete Rumäniens, Bulgariens und Serbiens umschließt. Generell aber kann man kein schwieriges Bild, es kann aber höchst leicht der Fall sein, daß in Zukunft ein gewisser rumänischer Parteipolitiker zum Einsatz in der Südwesten veranlaßt.

Nach Mitteilung Budapests wird Befehlshaber wird Befehlshaber von Rumäniens militärische und wirtschaftliche Anträge verlangen. Die siebenbürgische Rumäniens, die Krone des Befehlshabers und die Frage der untern Donau sollen im

elektionsfähigen Heeresbestand überschreitenden Mannschaften zu zweien, deren Entlassung in private Stellungen und Beute mit Rücksicht auf die allgemeine Lage der Kriegswirtschaft nicht angebracht erscheint. Man könnte dabei an Aufräumungskompanien, Arbeitskompanien für ländliche Arbeiten, Agrarkompanien, Auslandskompanien u. a. denken. Die innere Organisation dieses Befreiungsvereins ist die Übergangszeit mirthe von den bestehenden militärischen Formationen wesentlich abweichen. Die Kompanien würden nach ihrem Aufbau den verschiedenen Befreiungskompanien zugestellt. Das militärische Vorgesetztenverhältnis mit seinen anderen Zwecken dienen den Auslandskompanien vereinfacht sich. Die zivilberuflichen Bedingungen gewinnen in dem Maße an Wert, als die zur militärischen in den Hintergrund treten können. Solle verständlich mühten Befreiungskompanien, Arbeitskompanien und Strafrecht bestehen bleiben. Dazu wäre eine persönliche Anstellung an der Arbeit denkbar, so liegen durch eine beschränkte Arbeitszeit, gute Vergütung, angemessene Unterkunft und durch eine über den militärischen Sold hinausgehende Entlohnung. Die Belebung der leitenden Stellen sollte in erster Linie noch technischer und organisatorischer Verbesserung erfolgen, daneben aber auch frischbeschädigten Offizieren eine erwünschte Gelegenheit zur Einarbeitung in einen neuen Beruf verschaffen. Diese militärische Dienstpflicht für die Übergangszeit ist ebenso reichsgerichtlich zu regeln wie die Dienstpflicht für die Kriegswirtschaft.

Dass eine solche Verlängerung der Dienstpflicht auf die gesiedelte Ablehnung der betroffenen Mannschaften, insbesondere der Arbeiterschaft, stützen könnte, leuchtet der Verfasser zufolge ein. Es gäbe indes, dass die starke nationale Bedeutung alle Einwände in den Hintergrund drängen würde. Insbesondere könnten zwei Einwände geltend gemacht werden: Die Beschränkung der persönlichen Freiheit über den Friedensschluss hinaus und die begrenzte Entlohnung der Arbeitskraft.

Gleichzeitig der ersten stellt es Wagner nun so dar, als ob diese Dienstpflicht nur die Unterheiraten treffen, da ein solches Opfer für die verheirateten Jahrgänge wohl weniger könnten und sich überdies durch Verheiratung (Gerauschtung der weiblichen Arbeitskräfte aus dem Arbeitsmarkt, Erzitterungsübermehrung) ihr entziehen könnten, sofern sie vor geschichtete Arbeitsstelle nachweisen könnten. Ob man sie folgende Dienstpflicht auf Lederige beschränken könnte, ist keine Frage für sich. Aber zweifellos ist die Aussicht der Betriebsen, von den Unternehmern eher als die Ledigen in Belebung genommen zu werden, keineswegs größer, sondern eher geringer. Und was geschieht mit den Ledigen, es nicht vom Heeresdienst entlassen zu werden brauchten, weil sie während des Krieges nicht dem Heere angehören? Sollen diese auf neue einberufen werden, damit im Falle der Einberufungen entlassen werden kann? Beigt schon die Unreife des Wagnerischen Vorschlags, so findet der Verfasser weiterhin eine Milderung der Dienstpflicht darin, dass die Mannschaften die Wahl der Wirtschaftskompanien und Heimatbezirke offen gelassen werde, dass freiwilliger Urlaub gewährt werde und dass die Arbeitszeit und der Dienst mit den Strapazen des Frontlebens nicht zu vergleichen seien. Man höre ja oft draußen im Felde, dass man ame noch ein halbes oder ganzes Jahr dienen möchte, wenn es mögliche, doch hierdurch dem Norden ein Ende bereitet sei. Natürlich kann der Verfasser diese Zusicherung nicht geben und ist auch weit entfernt davon, seine Dienstpflicht von einer Verurteilung wie blutige Ironie an. Die Entlassung in den Heimatbezirk aber als Vortzug hinstellen kann an einer, denn die Arbeiterschaft völlig fremd ist. Die Geschäftsführer haben sich bei der Beratung der Demobilisierungsfrage dagegen aufgelehnt, dass die Kriegsteilnehmer ihre Heimatbezirke abgesondert werden, anstatt sie in den letzten Arbeitsort oder in den derzeitigen Wohnort der Familie zurückzufördern, und sie haben es erreicht, dass von ersterem Abstand genommen wird.

Wagner als Milderung empfiehlt, ist eine Forderung der östlichen Landwirtschaft, die von der nationalen Zurückförderung des Landes mit Arbeitskräften erwartet. In meinen aber, dass es dazu anderer als militärischer Maßnahmen bedarf, um die Flüchtlingsfür die Heimatschule hinzugewinnen. Dem zweiten Einwand, dass die Entlassung der Arbeitskraft begrenzt werde, sucht Wagner zu begegnen mit dem Hinweis, dass die militärische Dienstpflicht für die Heimatwirtschaft im Grunde nichts anderes sei als eine zivile Organisation der Arbeitskraft, und die Befreiung der Dienstpflichtigen eine zugunsten Betroffenen durchgeführte planvolle Arbeitsmarktentlastung. Er sieht diese Bemühung durch einen Sohn auf die Förderung der Arbeitslosenunterstützung, nach dem Verfasser gleich danach zugefügt, dass es sich nicht um eine Wohnung zugunsten der Arbeitslosen handelt, sondern darum, zugunsten von Reich, Staat und dem einen „Unsummen von Arbeitslosenunterstützungsbem“ zu erhalten. Um dieses Opfer den Arbeitslosenblütlern zu machen, versteht er ihnen noch obendrein weiteren Vorteil, nämlich eine über die Dienstpflicht ausgedehnte mehrjährige Entbindung von der Steuerpflicht. Im übrigen sollen die Lohnsätze nach der Schwere der Tätigkeit gestaffelt werden, ebenso nach dem Geschäftspunkt, Arbeiten, die für Arbeitnehmer vorgenommen werden, entsprechend höher bezahlt werden. Denn der Sinn der Entlastung sei ja nur der, die Reichsschulden dadurch entlasten, dass notwendig unproduktive gebundene Arbeitskräfte in Kapital umgesetzt werden.

In der Tat eine wunderbare Idee: nachdem das Privatministerium vier lange Kriegsjahre hindurch Gewinne ausgeschöpft hat und sein Kapital nach Friedensschluss aufzuholen, weil ihm die Umstellung der Betriebe, die Verbesserung der Rohstoffe und die Erlangung neuer Absatzmärkte zu geringe Gewinnchancen versprechen oder weil es noch die anstrengenden Hochkonjunktur ausruhen will, so zu gering entlohnter Arbeit gezwungen werden, um die Produktivität der Arbeitskräfte in Kapital umzusetzen, so zu Münzierung der Rohstoffe und Rohrungsmitte, die Übergangswirtschaft unentbehrlich ist, ebenso ist die Münzierung der Arbeitskräfte nicht zu um-

gehen. Der Zivildienstpflicht im Kriege entspricht logisch die militärische Dienstpflicht für die Übergangszeit.“ Mit dieser kompatiblen Weisheit schlägt Wagner seinen Aufzug. Er verzerrt dabei, dass die Zivildienstpflicht keine Arbeit für beschäftigte Arbeitslose fordert, sondern den Arbeitsmangel beim Nachweis der Möglichkeit der Erlangung einer besseren Entlohnung gestattet. Der Zivildienst war im Interesse der Landesverteidigung unumgänglich; als Kriegsnotwendigkeit musste man sich mit ihm abfinden. Eine Militarisierung der Arbeitslosen nach Friedensschluss wäre eine Vertraulung der Unglücklichen, die nicht sofort Arbeit finden können, mit Freiheitsentziehung und geringem Lohn für Zwangsarbeit und eine Prämie auf die Zurückhaltung von Arbeitsgelegenheiten für den freien Arbeitsmarkt in der Hoffnung auf militärisierte Zwangsarbeit. Es gehört eine fiktive Mischung von Organisationsüberwachung und — Gewissensverkrampfung dazu, um einen solchen Vorschlag im vierten Kriegsjahr alles Ernstes der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Deutsches Reich.

Der Stellvertreter des Reichsanzugs. Scheinbar v. Bauer ist in seiner Eigenschaft als unverzerrter Vertreter Preußens Stellvertreter Vorsteher des Bundesrates.

Ausland.

Großbritannien.

Neue Rekrutierung.

London, 24. Februar. (Neuer.) Der Minister für nationale Verteidigung Sir Audley Geddes erklärte in einer Erklärung aus dem Dienst entlassene Soldaten und Seeleute: Die Regierung werde ihren Grundstand, dass alle dienstfähigen Männer in den Wunschlazaren, die noch nicht gedient hätten, ausgeben und durch andere Männer ersetzt werden, jetzt in weitem Umfang durchführen. Genauere Zahlen zu geben, würde nicht klug sein. Über die Zahl derjenigen, welche jetzt zum Heere eingezogen werden könnten, sei so groß, dass die notwendige Gefangenstaffel verhältnismäßig früh im Jahre befannt sein werde. Über 85 000 Mann sei bereits verfügt. Man rechnete aber Hunderttausende aufzubieten.

Frankreich.

Caillaux vergiftet?

Paris, 25. Februar. Wie Deutze meldet, ist Caillaux unter Vergiftungsercheinungen schwer erkrankt. Der Vertheidiger verlangte eine chemische Analyse.

Der Vorsitzende berichtet aus Paris: Der Vorsitzende Berthelot kommt keinerlei Vergiftungsergebnisse an dem in der Zelle untersuchten Caillaux nahmen. Es heißt, Caillaux Wogenzelten habe sich infolge der ungewohnten Ruhe verschlummert.

Italien.

Entlassungen Orlando.

Rom, 24. Februar. Am Schluß der Debatte über die Abstimmungsergebnisse trifft Orlando das Wort und sagt, dass er auf Spezialfragen nicht eingehen werde. Hinsichtlich der Versiegung schlägt er aus, dass notwendigste Getreide sei bis zum März gesichert und den alliierten Mächten, die bedeckt ihre Kontingente verhindert hätten. Auch an Ordon sei durch die Zusammen mit den Alliierten die notwendige Verteilung gesichert. Hinsichtlich der Ergebnisse von Karneval wiederholt er, dass eine parlamentarische Untersuchung unumgänglich sei, so lange der Krieg andauere. Das Vertrauen der Kommunikation und die Honabilität aller Mitglieder mögen das Parlament und das Land vollkommen beruhigen. In Sachen der Ressorten soll die Regierung möglichst Unmöglichkeiten vermeiden; aber in Kriegszeiten sei sie nötig. Gesetzlich werde es niemals das Sollten der Politiker annehmen, alle Sitzungen zu unterdrücken. Es kann nicht zu den Grundsätzen der Magistratsfunktionen gehören. In Beantwortung eines Zwischenfrages von den ägyptischen Linken fragte Orlando weiter, ob das Kriegsministerium Reglementierungen und Einzelbescheinigungen erforderlich machen. Aber diese Notwendigkeit bedingt noch nicht reaktionäre Sozietät. Alle Mitgliedertreffen seien von der Regierung in Betracht gezogen worden; aber angeholt des Feindes, der auf Italienschem Boden steht, gebe es nur eine Möglichkeit, nämlich den Widerstand als Programm der Regierung. Er verschließt seine Augen nicht vor den neuen Ideen, die sich in der Welt durchsetzen. Auch für ihren Sieg gäbe es zu kämpfen. Was hat Sie, fragte Orlando, indem er sich der ägyptischen Linken wandte, für diesen Sieg? Nichts als ruhig schlafen gehen und die Morgenröte erwarten. Orlando erinnerte die Sozialisten, die den von Silvio Berlusconi Grundlagen und Arealen verfallen seien keiner daran, dass auch Silvio erschafft habe, dass der Feind nicht niedergeschlagen werden würde, bevor der Triumph dieser Gründächer durch den Sieg errungen sei. Sie ehrten, sagte er, diese Ideen zwar, aber Sie wollen Ihnen nicht dienen. Zum Schluß nahm Orlando die Tagessordnung Sontags fröhlich an, die besagt: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Nach ihrer Annahme verteidigte die Kammer bis Anfang April.

Parteiangelegenheiten.

Die deutsch-österreichische Sozialdemokratie bewilligt das Budget, verweigert die Kriegskrediten.

Der Club der deutsch-österreichischen sozialdemokratischen Abgeordneten hat folgenden Beschluss gefasst:

„Der Club der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hat seine Stellung zu der Regierungsvorlage über das Budgetprovisorium beraten. Der Club hat festgestellt, gegen die §§ 2 und 3 der Regierungsvorlage zu stimmen, die die Kriegskredite enthalten, aber für den § 1 der Vorlage, der die Regierung zur Einberufung der Streitkräfte und zur Fixierung der normalen Staatsausgaben ermächtigt. In dritter Sitzung wird der Club für die Vorlage nur dann stimmen, wenn die §§ 2 und 3 (Kriegskredite) ausgemerzt sein werden. Für Kriegskredite wird der Club nicht stimmen.“

Die deutsch-österreichischen sozialdemokratischen Abgeordneten haben sich vor dem Antritt einer Entscheidung durch das Verfahren der Abstimmung geäußert, die zu der unbedeutenden Opposition der Linken und Linksliberale abstimmen, so die Regierung ame mehrheitlich unterstützt und die Gewissensverkrampfung des Budgetprovisoriums geäußert. Die Regierung drohte mit der Verhängung des Parlaments und mit dem § 14, und in dieser Situation verhandelten die deutsch-österreichischen Sozialdemokraten auf die in der Abstimmung des Budgetprovisoriums gelegene Demonstration gegen den Kriegskrediten, um das Parlament und mit ihm einige geplante Verbesserungen der Lage der Arbeiterschaft zu reiten.

Die deutsch-österreichischen sozialdemokratischen Abgeordneten machen aber zur Bedingung für die Annahme des Budgetprovisoriums, dass damit eine Bewilligung vom Kriegskrediten nicht verbunden ist.

Aus aller Welt.

Selbstmord des Großherzogs von Mecklenburg.

Berlin, 25. Februar. Zum Tode des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz meldet die P. J. am Mittag aus Neustrelitz folgende Neuigkeiten: Großherzog Wolf Friedrich unternahm am Sonnabend nachmittag einen Spaziergang wie immer ganz allein. Als er abends nicht zurück war, ließ man durch die Wachen den Wald und die umliegenden Bäder absuchen, weil man einen Unfall des Großherzogs befürchtete. Als die Wachposten erfolglos blieben, holte man Sonntag vormittag Militär zur Hilfe herbei, wobei man auch Stimmboten aus Berlin mit Polizeikräften an der Szene beteiligte. Gegen Mittag fand der Leibjäger Strelitz am Flammkanal, eine Stunde zum großherzoglichen Schloss entfernt, die Bluse und einen Handschuh, sowie neben dem Büchse den schwarzen Vorhang des Großherzogs, welcher der Knappe des Großherzogs war. Man öffnete nun die Schrein des Kammerlands und fand unterhalb des Fundortes der Bluse schließlich die Leiche des Großherzogs, die von der Strömung fortgetragen war. Der Polizei wurde ein Schaufelwunde in der Schulter auf. Der Verstorbene wurde im Parkhaus aufgebahrt. In den letzten Tagen hatte sich beim Großherzog eine schwere Wasserschwellung entwickelt. Auf dem Sarge wurde eine Schaufelwunde in der Schulter auf. Der Verstorbene wurde im Parkhaus aufgebahrt. In den letzten Tagen hatte sich beim Großherzog eine schwere Wasserschwellung entwickelt.

Vorläufigkeit im Feindesdienst.

Der Tod des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz bringt wieder ein Schatttheil für die Halbwaisigkeit des Beamtentitätsprinzips in der Regierungsmäßigkeit. Berliner Blätter unterlaufen im Anschluss an die Totenrede der Frage der Nachfolge. Es heißt: Das Haus Mecklenburg-Strelitz zählt dennoch nur noch ein männliches Mitglied, den Herzog Karl Michael, aus einem Zweig der durch die Vermählung eines Urgroßvaters des jetzt verstorbenen Großherzogs mit der russischen Großfürstin Katharina nach Russland gelangt. Der Herzog Karl Michael habe sich 1914 in den russischen Staatsverband aufgenommen lassen und war vor Ausbruch des Krieges Generaladjutant der Kaiserin und dem russischen Kriegsministerium unterstellt. Das Haus Mecklenburg-Strelitz entstand vor mehreren Jahren eine Bewegung zum Ausdruck, die es Kronwärter des Kriegsvertrages von Strelitz, erreichte indessen nicht ihr Ziel. Ein deutsches Prinzip durch ausländische Staatsangehörigkeit nicht ist Kronrecht verlieren, wenn die jetzt regierende Linie des Hausesenburg, über einen Vertrag, den Herzog Karl Michael in Bezug auf sein Erbfolgerecht ausgesprochen haben soll, liegt eine authentische Veröffentlichung bisher nicht vor. Ohne eine solche hätte man also trotzdem in dem Herzog Karl Michael den rechtmäßigen Großherzog von Strelitz zu erkennen.

Wenn da rücksichtsvoller, als es durch die Karaffaden gerechtfertigt ist, gefragt wird, dieser Karl Michael habe vor Ausbruch des Krieges dem russischen Kriegsministerium angehört, so ist dem hinzuzufügen, dass er selbstverständlich auch während des Krieges mit Deutschland noch aktiv im russischen Heere gewesen ist. Die Regimenter von Mecklenburg-Strelitz haben dennoch nur die Wahl zwischen der Begrüßung eines Herrschers, der gegen sie Krieg geführt hat, der vielleicht in Ostpreußen bat morben und fangen lassen, oder einer Anerkennung des Legitimitätsprinzips.

Im Wahnsinn.

Berlin, 26. Februar. Das Berliner Tageblatt meldet aus München: Die Gallia ist im Elbe liegenden Bildhauer-Rathenburger Häuser ihre 7 und 4 Jahre alten Kinder aus dem Bersten ihrer im dritten Stock gelegenen Wohnung und sprang dann den Kindern nach. Alle drei blieben tot liegen. Die Frau hat die Tat im Wahnsinn begangen.

Ein Dampfer gesichtet.

St. John (Neufundland), 24. Februar. (Neuer.) Der Rotkreuz-Dampfer Florizel auf der Reise von St. John nach Neufundland ist in der Nähe von Cape Race gesichtet. Die 40 Fahrgäste und 60 Mann Besatzung sind sämtlich umgekommen.

Große Unwetterverheerungen in Batavia.

Amsterdam, 26. Februar. Aus Batavia meldet die Niederländische Justiz-Berichterstattung: Folge heftiger Regenfälle und gewaltiger Überflutungen steht noch Batavia unter Wasser. Tausende von Menschen sind obdachlos.

Letzte lokale Nachrichten.

Das verschwundene Mädchen wiedergefunden.

Das als verschwunden und „gewaltsam entführt“ gemeldete Mädchen aus Niedergörsdorf ist wiedergefunden worden, nachdem es möglich gewesen ist, dass es eine ganze Woche lang unentdeckt geblieben war. Das Mädchen war im Badewagen auf der Brücke von Riesa nach Dresden von einem Unbekannten bestochen und im Bettininer Bahnhof am 17. Februar von 41 Uhr bis 6 Uhr morgens festgelegt worden. Nachdem sich aber bei der Rücksichtnahme der Widerstand als Widerstand als Programm der Regierung. Er verschließt seine Augen nicht vor den neuen Ideen, die sich in der Welt durchsetzen. Auch für ihren Sieg gäbe es zu kämpfen. Was hat Sie, fragte Orlando, indem er sich der ägyptischen Linken wandte, für diesen Sieg? Nichts als ruhig schlafen gehen und die Morgenröte erwarten. Orlando erinnerte die Sozialisten, die den von Silvio Berlusconi Grundlagen und Arealen verfallen seien keiner daran, dass auch Silvio erschafft habe, dass der Feind nicht niedergeschlagen werden würde, bevor der Triumph dieser Gründächer durch den Sieg errungen sei. Sie ehrten, sagte er, diese Ideen zwar, aber Sie wollen Ihnen nicht dienen. Zum Schluß nahm Orlando die Tagessordnung Sontags fröhlich an, die besagt: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Nach ihrer Annahme verteidigte die Kammer bis Anfang April.

Teilnahme eines Einbrechers.

Der sehr vornehme Einbrecher Willi Hugo Engelhardt ist erneut wegen eines in der Nacht vom 12. zum 14. Februar in ein Stadtwohnhaus in der Bergstraße ausgeführten Einbruchs festgenommen worden. Die von ihm erbeuteten Gegenstände können bis jetzt noch nicht widergegeben werden. Es wird vermutet, dass Engelhardt die Sachen in Dresden irgendwo versteckt oder eingeschafft hat. Er wurde besonders unter dem falschen Namen Alfred Bürghardt bekannt sein. Engelhardt ist am 10. September aus dem Justizbeamten entlassen worden und seitdem seit diesem Zeitpunkt in Dresden auf, ohne einer freien Arbeit nachgegangen zu sein. Er hat anscheinend nur von Dienstboten gelebt.

Festnahmen aufgefunden.

wurde heute früh in der sozialen Stunde in seiner Wohnung in der Stollstraße ein blutrünstiger Mann. Es lag Bluterguss zu folge Blutergusses vor. Er konnte sehr gerettet werden.

Vorbericht der sächsischen Landeswetterwarte.

für den 27. Februar 1918:

Ganzwelt: trüb; etwas wärmer; meist trocken.

Des Buchtages wegen erscheint die nächste Nummer dieser Zeitung am Donnerstag.

Nährmittel-Verteilung.

§ 1. Von den für die Stadt Dresden auf die Zeit vom 17. Februar bis 16. März 1918 ausgegebenen Nährmittelfarben werden weiter beliefert:

- a) Abschnitt II der gelben Nährmittelfarbe A mit $\frac{1}{2}$ Pfund Hafernährmittel
- b) : II - roten : B : Graupen
- c) : II - grünen : C :
- d) : II - blauen : D :

§ 2. Die Anmeldung der Abschnitte in einem Kleinhandelsgeschäft hat am 26. oder 28. Februar 1918 zu erfolgen.

§ 3. Die Geschäftsinhaber haben die Abschnitte getrennt nach der Art der Farben (A oder B oder C oder D) in die Kundenliste einzutragen, getrennt aufzutrennen und alldann getrennt in Paketen zu 100 Stück verpackt, die Pakete mit Rücksicht auf Verlust oder Aufbruch verloren, der unzulässigen Weißfärbung am 1. oder 2. März 1918 abzugeben. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.

§ 4. Wer gefälschte Abschnitte oder solche mit anderer Bezeichnung einreicht oder unrichtige Angaben über die Zahl der eingereichten Abschnitte macht, hat strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen.

Botschappel.

Gegen Vorzeigung der gelben Rohrungsmittefarbe für Familien ist in der Rückhandlung von Behnert, hier frischer Seeisch erhältlich. Lieferter werden vorerst die von den Geheimenien geschickten Güthandlung noch nicht abgestempelten Rohrungsmittefarben.

Botschappel, den 25. Februar 1918.
W 205 | Der Gemeindevorstand.

Sparkasse Niederseiditz.

3½ Prozent Zinsen. Tägliche Vergütung. [S 376
Geschäftsstelle: Werktag 9—1 Uhr Poststraße 100 Nr. 19802

SARRASANI

■ Bußtag geschlossen ■
Donnerstag abend 2 Uhr, von Freitag, 1. März, an 7½ Uhr
Sonntag, Sonntag, Mittwoch auch 3 Uhr
Vorverkauf: Re. Lenz-Kaufhaus.

TORPEDO -- LOS!

Das grosse Schauspiel in 9 Bildern.
Außerdem auf allgemeinen Verlangen: Wiederholungen des
Dramas Hermann Haupt mit dem wilden

Löwen.

Herr und Frau Blässing
die vornehmsten deutschen Künstler.

Sarrasani-Trocadero: 7 bis 11½ Uhr
Stimmungsaufführung



Nur noch bis Donnerstag:
Gunnar Tolnaes

in dem herrlichen Schauspiel

Die Spur der ersten Liebe

Drei Akte

Prinz Sami
Drei lustige Akte mit
Ossi Oswald

Wochentags 4-11, Sonntags 3-11 Uhr
[S 173]

Hofbrauhaus Dresden

empfiehlt seine ausgezeichneten gehaltvollen

Biere

Wacker u. Komitor	Dresdner Farben
Fritz Lox	Farbenfabrik
Friedr. Richter	Farbenfabrik
Kurt Wachs, Oppelnstr. 31.	Farbenfabrik
Konservenfabrik	Farbenfabrik
Max Heller, Fabrik, Leipziger Str. 12.	Farbenfabrik
Friedr. Richter Tel. 1244	Farbenfabrik
Kurt Wachs, Oppelnstr. 31.	Farbenfabrik
Konservenfabrik	Farbenfabrik
Max Heller, Fabrik, Leipziger Str. 12.	Farbenfabrik
Friedr. Richter Tel. 1244	Farbenfabrik

Max Rich, Hartig	Rosen-Ecke Maternistraße
Friedr. Richter	Churfürstendamm 12
Kurt Wachs, Oppelnstr. 31.	Churfürstendamm 12
Konservenfabrik	Churfürstendamm 12
Max Heller, Fabrik, Leipziger Str. 12.	Churfürstendamm 12
Friedr. Richter Tel. 1244	Churfürstendamm 12

Praktischer Wegweiser u. empfehlenswerte Geschäfte

Beständige Preisbindung empfohlen

Erschließt wahrheitlich allein

Automaten

„Automat“

Wilsdrufferstr. 25

Münzgassen von 80 Pf. ab.

Belegte Brötchen & 20 Pf.

Bier, Kaffee, Tee, Süßwaren, Zigaretten

Originalfirmant von J. Dorff in drei Alleen.

Hecker's Sohn

Fr., Leipzigerstr. 109

Gasthof 1855

Uhrzeiten und So'dwaren

Hecker's Sohn

Wurst, Mützen, Schafffratzenstr. 34

Hecker's Sohn

Reichstag.

188. Sitzung. Montag, 25. Februar 1918,
nachmittags 8 Uhr.Vor Vorsitzender: Graf Hertling, Bauer, Grau-
möller, Dr. Kriegerberg, Wallraf, v. Capelle, Reit-
zsch, v. Stein, Waldbow, Drews, v. Krause, Kühlwein.

Das Haus und die Tribünen sind leerstehend.

Vizepräsident Dr. Baasche gedenkt des Ablebens des Groß-
gegengespiels von Mecklenburg-Schwerin.

Erste Lesung des Etats

In Verbindung mit der Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung
der Friedensverträge.

Reichskanzler Graf Hertling:

Das hohe Haus hat Anspruch darauf, über die außenpolitische Lage und die Stellung der Reichsleitung zu ihr unterrichtet zu werden, wenn ich auch Zweifel an dem Nutzen von dem von den Staatsmännern der kriegsführenden Mächte vor der Deutschen von den Staatsmännern der kriegsführenden Mächte vor der Deutschen gehaltenen Aussprache habe. (Sehr richtig!) Mit dem höheren englischen Minister Macmillan bin ich der Meinung, es würde uns dem Frieden weit näher bringen, wenn stattdessen

Gespräche in kleinem Kreise zwischen berufenen verantwortlichen Vertretern

der kriegsführenden Mächte stattfinden würden. (Sehr gut!) Solcher Aussprache würden auch unsere Gegner unsere Worte nehmen müssen, wie sie gemeint sind, und auch sie müßten mit der Sprache vertraut sein. (Aussprache.) Die Worte, die ich bisher zweimal hier gesprochen habe, haben im Ausland eine objektive Wirkung nicht gefunden. Bei einer Versprechung im engeren Kreise werden auch die Einzelheiten, die bei der Bildung großer Aussprache zur Sprache kommen müssen erörtert werden und eine Verständigung über sie könnte dort erzielt werden. Dabei deutet ich ganz besonders an Belgien, zu wiederholten Malen ist von dieser Stelle aus erläutert worden,

dass wir nicht daran denken, Belgien zu belästigen,

dass wir aber gegen die Gefahr gleichzeitig kein müßig, sondern eindeutiger Staats, mit dem wir nach dem Kriege in Frieden und Freundschaft leben wollen, nicht zum Submarinergebnis feindlicher Machenschaften gemacht würden, sowie dass aus in der Kapitulation vom 1. August ausgeführtes ist. Die Mittel und Wege zu solcher Bildung würden zweifellos am besten in einer solchen engeren Gemeinschaft besprochen werden. Wenn also von der Gelegenheit, etwa von der Regierung in Prag, eine solche von innen einbedeckte Anregung kommen sollte, so würden wir uns nicht von vornherein ablehnend verhalten. Aber bis jetzt sieht es nicht so nach aus, als ob diese Anregung Macmillan großes Gefallt gewinnen würde und so muß ich einzukennen noch die Methode der Bilateralen fortsetzen.

Ich gebe zu, daß man in der

Botschaft des Präsidenten Wilson

dem 11. d. W. vielleicht eine kleinere Annäherung finden kann. Seine Aussführungen gießen in viele Säcken, von denen er annimmt, sie könnten die allgemeinen Grundlagen des Friedens bilden. Der erste dieser Säcke besagt, daß der Friede auf der Gerechtigkeit aufgebaut sein muß und auf einem Ausgleich, der einen dauernden Frieden am wohlfühlendsten herstellen kann. Wer wollte dem widersprechen? (Sehr richtig!) Der Sack, den der große Archivarier Kuhnau in seinem vor überdrüssig hörhaften ausgesprochen hat, "Justitia sicut aerarium regnum" (Die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Staaten) gilt noch heute. Der zweite Sack verlangt, daß Provinzen und Provinzen nicht von einer Staatsüberhöhung in eine andere herumgeschoben werden, also ob es sich um Gegenstände oder Steine in einem Spiele handelt, wenn auch in dem großen Spiel des Gleichgewichts der Kräfte, das nun alle Zeiten beständig ist. Auch diesem Sack kann man zustimmen und man muß es tun, denn, daß Wilson es für richtig hält, ihm bestens eingespielt ist. Er lautet so, wie eine Polens mit einer stark verschwundene Suhdne und Aufnahmen, gegen Robinstöppel und Robinstöppel kriegerische früheren Zeiten, gegen Verbindung von Staaten und Privilegien der Ritter. Man kann immer wieder auf die Vermutung kommen, als lebte Wilson in dem Wahnsinn, in Deutschland besteht ein Gegensatz zwischen autokratischer Regierung und einer rechtlosen Volksmassse. Wilson kennt aber, wie die deutsche Aussage keinen Einfluß über den Standpunkt, die Staatsrechtliche Struktur des Deutschen Reiches, und er weiß, daß Rätseln und Regelungen bei uns nur die obersten Zwecke eines im Staate zusammengefaßten Volksvereins sind. Wenn Herr Wilson sagt, das Spiel mit dem Gleichgewicht der Kräfte sei für immer diskreditiert, so werden wir das nur freudig begrüßen. Dieses System war definitiv

eine englische Erfindung

(Sehr richtig!), die nur dann Anwendung fand, wenn eine Macht auf dem europäischen Kontinent dem englischen Nachbar zu mächtig zu werden drohte. (Sehr richtig!)

Nach dem dritten Sack willst du jede Bildung einer durch den Krieg aufgeworfenen Gebietsfrage im Interesse und im Sinne der dort wohnenden Bevölkerung erhalten. Das ist mir eine weitere Ausbildung des zweiten Sackes, und eine Neuauflage aus ihm. Er kommt also in die zum zweiten Sack entstehende Zustimmung eingeschlossen werden. Der vierte Sack endlich verlangt, alle klar unterschiedenen nationalen Minderheiten sollen die weitestgehende Befriedigung finden, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Vereinigung alter Gemeinde von Recht und Eigentumschaft, die den Frieden bald wieder würden, aufzunehmen. Auch in diesem Sack kommt die Grundidee klar, die grundlegend zu sein. Ich bin also mit Wilson einverstanden, daß die von ihm aufgestellten Säcke die Grundlage einer Vereinbarung über den Weltfrieden bilden können. (Vorbisfer Peißfall)

Für ein Vorbehalt wäre zu machen. Diese vier Grundideen müßten von allen Staaten und Nationen auch tatsächlich angenommen sein. (Sehr richtig!) Herr Wilson scheint in seinem Gehabe der Weltlichkeit weit herausgekommen zu sein. Gewiß, ein Völkerbund, der auf Freundschaft und Wahrung des Friedens, auf selbstlose gegenseitige Anerkennung aufgebaut wäre, ein Aufstand der Menschheit, in dem alle Rechte führende Parteien, auch der Krieg, vollkommen verworben werden, wo es keine blutigen Dächer mehr gäbe, keine Selbstauslöschung der Völker, keine Verfolgung misslungen erzielte. (Sehr richtig!) Schiedsgericht, das über einzelne Streitigkeiten unpraktisch urteilen könnte. Wenn daher Herr Wilson an anderer Stelle sagt, der deutsche Reichskanzler steht vor dem Weisheitsrat der ganzen Welt, so muß ich, wie die Dinge heute liegen, im Namen des Deutschen Reiches und unserer Verbündeten

Meinen Gerichtshof als befangen ablehnen.

(Sehr Richtig!) Immerhin würde ich mich natürlich freuen, wenn ein solches objektives Schiedsgericht bestünde, und ich würde mich glücklich schätzen, zu der Herbeiführung eines solchen Gerichtshofs beizutragen zu können.

Aber von ähnlichen Gefügungen habe ich bei den Vertretern der Entente noch keine Spur. (Sehr richtig!) Die Kriegsziele Englands, wie sie in den letzten Reden Lloyd George's immer wieder Blöße gesetzt haben, sind immer noch rein imperialistischer

Natur. Wenn England vom Selbstbestimmungsrecht der Völker spricht, so denkt es nicht an Freiland, sondern an Land. (Sehr richtig!) Unsere Kriegsziele sind bekanntlich von Anfang an die Vereinigung des Kaiserreichs, die Unfreies und Territorialen Integrität, die Erfüllung des Friedens unserer wirtschaftlichen Entwicklung nach allen Richtungen hin. Auch unsere Kriegsführung ist, wenn sie auch aggressiv vorgehen mußte,

ihren legitimen Zielen defensiv.

Ich behalte das mit besonderem Nachdruck, um etwaige Mißverständnisse bezüglich unserer militärischen Operationen im Osten zu beseitigen. Unter Vorwand in der Ukraine war bestimmt, die Freiheit des Friedens mit der Ukraine zu sichern, die die Missionen der Bolschewitschkeits abföhren. Und der Friede ist bereits eingetreten. Unter Vorwand sind eine weitestgehende Unterstützung dadurch, daß von Seiten der Ukraine bestehende Hilfslinie an uns kamen, sie in der Ordnung und Sicherheit ihres neu entwidmeten Staatswesens gegen die Störungen der Bolschewitschkeits zu unterdrücken. Auch unter militärischen Operationen auf anderen Gebieten liegen Eroberungsbemühungen schlechterdings fern. (Vorwurf.) Diese Operationen sind nur vorgenommen worden, auf Grund der eindringlichen Mücken und Verstümmelungen der Bevölkerung, die gegen die Freiheit der Menschen und gegen die herumstreifenden Banden zu schützen. (Sie lediglich im Sinne der Menschlichkeit und diese Maßnahmen geraten. Wir denken nicht davon, und in Polen oder Estland festzustellen. Wir würden nicht davon ausreden, wenn sie mit den dort sich entwickelnden unabdingbaren Staatsbedürfnissen demokratisch zu leben. Es gilt jetzt, den Völkerbund, dort die Organe des Selbstverwaltung und Selbstbestimmung zu schaffen, die im Aufbau begünstigen zu lassen. Der weitere Entwicklung sehen wir in Ruhe entgegen.

Aber lohnt über diese ursprünglich gesteckte Ziel haben die militärischen Operationen bereits

Erfolg gehabt.

Sie haben bereits Resultat davon, daß die russische Delegation die abgebrochenen Friedensverhandlungen wieder aufnehmen will. Unsere Antwort war, daß wir dazu bereit seien. Wir haben die Friedensbedingungen in Form eines Ultimatums dorthin geschickt, die russischen Delegierten sind auch bereit abgereist, unsere Friedensbedingungen sind im Prinzip von der russischen Regierung angenommen (Vorwurf!). Unsere Delegierten sind gestern abends nach Utrecht-Königswert abgereist. (Vorbisfer Peißfall.) Um uns die Freiheit des Friedens zu sichern, zog unsere Delegation vorwärts nach Russland und dem Frieden mit Russland wird demnächst das glückliche Ergebnis sein.

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien haben am 23. Februar begonnen. Die Verhandlungen sind schwierig, weil wir hier nicht allein stehen, sondern für unsere treuen Verbündeten einzutreten. Wer der offiziell guten Willen werden auch die hier auszugleichen Gegenläufe und Schwierigkeiten ein befriedigendes Ergebnis finden. — Aut.

Polen

Zeigt sich die Entente und auch Herr Wilson neuerdings ganz anders zu interessieren. Sie hetzen will ja, daß durch die vereinigten Kräfte Deutschlands und Österreich-Ungarns Polen aus der drückenden Abhängigkeit des zaristischen Russlandes befreit wurde, um auch den vom Zarismus bestreiten polnischen Volksstamm einen Staat zu begründen, der in ungeliebtem Entstehung seiner nationalen Kultur zugleich ein Vierter des europäischen Friedens sein sollte. Die Frage der Bevölkerung des neuen Staates kommt selbstverständlich nicht sofort gelöst werden. Auch jetzt ist sie noch nicht über das Stadium der Verabschiedung der neuen Staatsform hinausgekommen. Zu den vorhandenen Schwierigkeiten ist noch die

Frage der Abgrenzung des neuen Staates gegen die benachbarten früher russischen Gebiete gekommen, und der Friede mit der Ukraine hat in Polen zwar große Beunruhigung hervorgerufen. Ich darf mich aber der Hoffnung hingeben, daß auch hier bei allseitig befundene guten Willen sich ein Ausgleich erreichen lassen wird, und schon das erstmalige Aussprechen dieser Ansicht hat in Polen eine gewisse Verständigung herbeigesetzt.

Wir stehen also vor der

Ausbildung des Friedens auf der ganzen Ostfront, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer.

(Peißfall.) Die Völker Europas fragen in fiebhaftem Spannung, ob wir dadurch vielleicht auch zum allgemeinen Weltfrieden gelangen werden. Aber was aus den Entente-Ländern herübersieht. Mit dieser Hoffnung als gleichzeitig geringe erscheinen. (Aussprache.) Im Gegenzug zu unseren rein destruktiven Kriegszielen sind die der Entente noch nie vor auf Erfordernissen gerichtet. (Sehr richtig!) Die Entente lämpft ja um

die Missgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich. Ich brauche darüber dominiert entdeckt und erkennt vielleicht einen neuen Schuhstaat unter englischer Oberherrschaft, der das englische Wohlgefallen ganz wesentlich erweitern würde. (Sehr richtig!) Und daß die Kolonialmacht Englands auf einer Errichtung, genauer Abtrennung seines schon ungeheuren Schubes an Polen. Sie lämpft um die Abteilung östlicher Gebiete, um die Abschaffung Britiens und Kroatiens von nördlichen Nach. England hat plötzlich sein Herz für die Araber entdeckt und erkennt vielleicht einen neuen Schuhstaat unter englischer Oberherrschaft, der das englische Wohlgefallen ganz wesentlich erweitern würde. (Sehr richtig!) Und angesichts dieser Erkenntnis dieser Art erkennt ich, daß wir auch begrüßt werden, wenn die preußische Regierung ihre Absicht verwirklichen und den harten Streit so beenden könnte, wie sie gewillt ist. Die Reichsleitung steht dabei durchaus auf dem Boden der jüngsten Erklärungen des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten und des preußischen Ministers des Innern, die sich für unveränderte Freihaltung und Durchführung der in der Kaiserlichen Botschaft vom 11. Juni 1917 angekündigten Neufassung einstimmig gemacht haben. Allerdings spricht die Sache durch den vor wenigen Tagen geführten Vertrag der Wehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses auf ein totes Gleis gekommen zu sein. Alle finalschließlichen Möglichkeiten werden mit einem Eifer bis zur Fertigkeit, als wenn der Entwurf endgültig geschafft wäre. Ich kann nicht annehmen, daß dem so ist; schon mancher parlamentarische Entwurf ist ebenso gefährdet gewesen wie dieser und doch zu Ende gekommen. Ich glaube nicht, daß die maßgebenden Parteien sich der Einsicht dessen verschließen werden, was sie in diesen feindlichen Stimmen der Allgemeinheit schaufen. (Vorwurf!) Sie werden auch den Verdacht von sich weisen, als ob es auf eine doch jetzt schlechthin unmögliche Verschiebung der Frage abgesehen sei. (Sehr gut!)

Nach meiner festen Überzeugung besteht die Gewissheit, daß der Entwurf vorgesehene Wahlrecht für Preußen kommt, eine sehr wichtige Rolle spielt. Die Reichsleitung wird sich schon aus bundesstaatlichen Rückgründen in dieser Frage zurückhalten, wenn sie es auch begrüßt würde, wenn die preußische Regierung ihre Absicht verwirklichen und den harten Streit so beenden könnte, wie sie gewillt ist. Die Reichsleitung steht dabei durchaus auf dem Boden der jüngsten Erklärungen des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten und des preußischen Ministers des Innern, die sich für unveränderte Freihaltung und Durchführung der in der Kaiserlichen Botschaft vom 11. Juni 1917 angekündigten Neufassung einstimmig gemacht haben. Allerdings spricht die Sache durch den vor wenigen Tagen geführten Vertrag der Wehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses auf ein totes Gleis gekommen zu sein. Alle finalschließlichen Möglichkeiten werden mit einem Eifer bis zur Fertigkeit, als wenn der Entwurf endgültig geschafft wäre. Ich kann nicht annehmen, daß dem so ist; schon mancher parlamentarische Entwurf ist ebenso gefährdet gewesen wie dieser und doch zu Ende gekommen. Ich glaube nicht, daß die maßgebenden Parteien sich der Einsicht dessen verschließen werden, was sie in diesen feindlichen Stimmen der Allgemeinheit schaufen. (Vorwurf!) Sie werden auch den Verdacht von sich weisen, als ob es auf eine doch jetzt schlechthin unmögliche Verschiebung der Frage abgesehen sei. (Sehr gut!)

Nach meiner festen Überzeugung besteht die Gewissheit, daß der Entwurf vorgesehene Wahlrecht für Preußen kommt und es besteht die begründete Hoffnung, daß es bald kommt. (Lebhafte Vorwurf! links.) Das Vertrauen der Deutschen Bevölkerung und der Volksvertretung zu den verbündeten Regierungen als Vorbild einer den neuen Verhältnissen entsprechenden Politik ist gewachsen, besonders das bündnispolitisches Wahlrecht gelten soll, schon wegen der starken Einflussnahme der Preußen auf die Bevölkerung und Verwaltung des Reiches tief in die Verhältnisse eingreift. (Lebhafte Vorwurf! links.) Deshalb können politische Erwartungen über diese Frage auch in diesem Hause nicht unterlassen werden — hat ja auch die Frage des preußischen Wahlrechts bei der

Streitbewegung

der letzten Wochen die feindselige Rolle gespielt. Die Reichsleitung wird sich schon aus bundesstaatlichen Rückgründen in dieser Frage zurückhalten, wenn sie es auch begrüßt würde, wenn die preußische Regierung ihre Absicht verwirklichen und den harten Streit so beenden könnte, wie sie gewillt ist. Die Reichsleitung steht dabei durchaus auf dem Boden der jüngsten Erklärungen des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten und des preußischen Ministers des Innern, die sich für unveränderte Freihaltung und Durchführung der in der Kaiserlichen Botschaft vom 11. Juni 1917 angekündigten Neufassung einstimmig gemacht haben. Allerdings spricht die Sache durch den vor wenigen Tagen geführten Vertrag der Wehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses auf ein totes Gleis gekommen zu sein. Alle finalschließlichen Möglichkeiten werden mit einem Eifer bis zur Fertigkeit, als wenn der Entwurf endgültig geschafft wäre. Ich kann nicht annehmen, daß dem so ist; schon mancher parlamentarische Entwurf ist ebenso gefährdet gewesen wie dieser und doch zu Ende gekommen. Ich glaube nicht, daß die maßgebenden Parteien sich der Einsicht dessen verschließen werden, was sie in diesen feindlichen Stimmen der Allgemeinheit schaufen. (Vorwurf! links.) Sie werden auch den Verdacht von sich weisen, als ob es auf eine doch jetzt schlechthin unmögliche Verschiebung der Frage abgesehen sei. (Sehr gut!)

Nach meiner festen Überzeugung besteht die Gewissheit, daß der Entwurf vorgesehene Wahlrecht für Preußen kommt und es besteht die begründete Hoffnung, daß es bald kommt. (Lebhafte Vorwurf! links.) Das Vertrauen der Deutschen Bevölkerung und der Volksvertretung zu den verbündeten Regierungen als Vorbild einer den neuen Verhältnissen entsprechenden Politik ist gewachsen, besonders das bündnispolitisches Wahlrecht gelten soll, schon wegen der starken Einflussnahme der Preußen auf die Bevölkerung und Verwaltung des Reiches tief in die Verhältnisse eingreift. (Lebhafte Vorwurf! links.) Deshalb können politische Erwartungen über diese Frage auch in diesem Hause nicht unterlassen werden — hat ja auch die Frage des preußischen Wahlrechts bei der

Streitbewegung

der letzten Wochen die feindselige Rolle gespielt. Die Reichsleitung wird sich schon aus bundesstaatlichen Rückgründen in dieser Frage zurückhalten, wenn sie es auch begrüßt würde, wenn die preußische Regierung ihre Absicht verwirklichen und den harten Streit so beenden könnte, wie sie gewillt ist. Die Reichsleitung steht dabei durchaus auf dem Boden der jüngsten Erklärungen des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten und des preußischen Ministers des Innern, die sich für unveränderte Freihaltung und Durchführung der in der Kaiserlichen Botschaft vom 11. Juni 1917 angekündigten Neufassung einstimmig gemacht haben. Allerdings spricht die Sache durch den vor wenigen Tagen geführten Vertrag der Wehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses auf ein totes Gleis gekommen zu sein. Alle finalschließlichen Möglichkeiten werden mit einem Eifer bis zur Fertigkeit, als wenn der Entwurf endgültig geschafft wäre. Ich kann nicht annehmen, daß dem so ist; schon mancher parlamentarische Entwurf ist ebenso gefährdet gewesen wie dieser und doch zu Ende gekommen. Ich glaube nicht, daß die maßgebenden Parteien sich der Einsicht dessen verschließen werden, was sie in diesen feindlichen Stimmen der Allgemeinheit schaufen. (Vorwurf! links.) Sie werden auch den Verdacht von sich weisen, als ob es auf eine doch jetzt schlechthin unmögliche Verschiebung der Frage abgesehen sei. (Sehr gut!)

Nach meiner festen Überzeugung besteht die Gewissheit, daß der Entwurf vorgesehene Wahlrecht für Preußen kommt und es besteht die begründete Hoffnung, daß es bald kommt. (Lebhafte Vorwurf! links.) Das Vertrauen der Deutschen Bevölkerung und der Volksvertretung zu den verbündeten Regierungen als Vorbild einer den neuen Verhältnissen entsprechenden Politik ist gewachsen, besonders das bündnispolitisches Wahlrecht gelten soll, schon wegen der starken Einflussnahme der Preußen auf die Bevölkerung und Verwaltung des Reiches tief in die Verhältnisse eingreift. (Lebhafte Vorwurf! links.) Deshalb können politische Erwartungen über diese Frage auch in diesem Hause nicht unterlassen werden — hat ja auch die Frage des preußischen Wahlrechts bei der

Streitbewegung

der letzten Wochen die feindselige Rolle gespielt. Die Reichsleitung wird sich schon aus bundesstaatlichen Rückgründen in dieser Frage zurückhalten, wenn sie es auch begrüßt würde, wenn die preußische Regierung ihre Absicht verwirklichen und den harten Streit so beenden könnte, wie sie gewillt ist. Die Reichsleitung steht dabei durchaus auf dem Boden der jüngsten Erklärungen des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten und des preußischen Ministers des Innern, die sich für unveränderte Freihaltung und Durchführung der in der Kaiserlichen Botschaft vom 11. Juni 1917 angekündigten Neufassung einstimmig gemacht haben. Allerdings spricht die Sache durch den vor wenigen Tagen geführten Vertrag der Wehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses auf ein totes Gleis gekommen zu sein. Alle finalschließlichen Möglichkeiten werden mit einem Eifer bis zur Fertigkeit, als wenn der Entwurf endgültig geschafft wäre. Ich kann nicht annehmen, daß dem so ist; schon mancher parlamentarische Entwurf ist ebenso gefährdet gewesen wie dieser und doch zu Ende gekommen. Ich glaube nicht, daß die maßgebenden Parteien sich der Einsicht dessen verschließen werden, was sie in diesen feindlichen Stimmen der Allgemeinheit schaufen. (Vorwurf! links.) Sie werden auch den Verdacht von sich weisen, als ob es auf eine doch jetzt schlechthin unmögliche Verschiebung der Frage abgesehen sei. (Sehr gut!)

Nach meiner festen Überzeugung besteht die Gewissheit, daß der Entwurf vorgesehene Wahlrecht für Preußen kommt und es besteht die begründete Hoffnung, daß es bald kommt. (Lebhafte Vorwurf! links.) Das Vertrauen der Deutschen Bevölkerung und der Volksvertretung zu den verbündeten Regierungen als Vorbild einer den neuen Verhältnissen entsprechenden Politik ist gewachsen, besonders das bündnispolitisches Wahlrecht gelten soll, schon wegen der starken Einflussnahme der Preußen auf die Bevölkerung und Verwaltung des Reiches tief in die Verhältnisse eingreift. (Lebhafte Vorwurf! links.) Deshalb können politische Erwartungen über diese Frage auch in diesem Hause nicht unterlassen werden — hat ja auch die Frage des preußischen Wahlrechts bei der

Streitbewegung

der letzten Wochen die feindselige Rolle gespielt. Die Reichsleitung wird sich schon aus bundesstaatlichen Rückgründen in dieser Frage zurückhalten, wenn sie es auch begrüßt würde, wenn die preußische Regierung ihre Absicht verwirklichen und den harten Streit so beenden könnte, wie sie gewillt ist. Die Reichsleitung

Vereinfachungsmaßnahmen zu suchen. Das vierblättrige weißliche Klees ist nicht schnell getrocknet zu haben.

Gernähmen wir noch den „18jährigen Mann“, der die Schönheit — nicht wie der Vater meint, des Sohnes — sondern einer liebenvollen Dame sucht, so wie an den vorerwähnten gezeigt sein, wie interessant bezaubernd viele bürgerliche Blüter sind. Im redaktionellen Teil werden nur die Erhaltung der guten Sitten und der schönen geprägten und hinteren werden durch Annoneen, die Säulen ein schönes Stückchen Geld einbringen. Gehen erinnert, von denen man bei vielen den Ausgang dann noch nicht weit unter der Rubrik „Gedächtnis“ nachlesen kann. Dann wird allerdings mit zufälligem Augenaufschlag und Röhrchen geschrieben, statt an das Dichterwort zu rufen:

Das Leben ist der Güter höchstes nicht;
Der Uebel größtes aber ist die Schuld.

Das Werben um die Kriegsbeschädigten.

Die Nationalliberalen Korrespondenz schreibt: „Die demokratische Partei vertritt es nicht nur, die Lage, sondern auch die Zustimmung der Kriegsbeschädigten auszunützen, um sie sich ihrer aufladen und sie geistig und materiell zu fördern.“ Soll man dies auf die Sozialdemokratie überlassen? Warum kommt man es auch in bürgerlichen Kreisen auf den Gedanken, den Kriegsbeschädigten mit Rot und Tot zur Seite zu stehen. Bezugnahmen für sie zu gründen und durch Vermittlungen in Stadt und Land für ihre rechte und sichere Verantwortung einzutreten? Vor allen Dingen liegt es nahe, zu fragen, ob der Bundesverband des deutschen Kriegerverbands es nicht auch in die soziale Hilfsarbeit, die sie schon ganz natürlich einfügen, wenn sie auch die Sorge für Kriegsbeschädigten in den Kreis ihrer Tätigkeit zieht.

Die öffentliche Aufmerksamkeit, die auf die Kriegsbeschädigten gelenkt worden ist, hier zur Nachholung von Verlusten amponieren würde, so könnten die am sich unerfreulichen Vorgänge doch noch eine ganz gute Wirkung entfalten.“

Zu alte Geschicht! Wenn die Sozialdemokraten eine Partei in die Hand nehmen, um die Befriedigung ihrer notwendigen Anliegen zu erreichen, dann kommen die von Parteien, von Reid und von Sorge um ihre Machtstellung getrieben, um dasselbe nachzuahmen, wenn auch in sehr großer Stärke und nur zum Schein. So war es bei der Lübeck-Bergerung und bei allen anderen Forderungen, so als hier als Partei offen zu tun, daß es die Sozialdemokratie ist, die jah der Kriegsbeschädigten onnimm und genügt und materiell zu fördern sucht. Aus weitaus mehr wäre es da noch notwendig, eine „national“ gesetzliche Organisation zu gründen! Es sind das also lediglich politische Motive. Die Kriegsbeschädigten sollen sich bei ihnen als Mitläufer gebrauchen lassen. Ob die Kriegsbeschädigten sich für diese Kriegervereinsmethode einsängen, so nach den Erfahrungen, die sie gemacht haben, darf man nicht überlassen. Jedenfalls haben die Kriegsbeschädigten nichts zu suchen, wenn sie sich diesen Richtungen annehmen. Zum Kuratorium wird ihnen Gelegenheit genug geben werden. Aber schließlich müssen die ihrer geliebten Freunde doch auch zu leben haben.

Ein Wort an viele.

„Es muß etwas geschehen!“

Der lange Jahre das Idiotische Schild der Organisation der Kleinarbeit in den verschiedensten Orten geleistet hat, ist nur zu gut jene Wittemenken, denen es immer an festem Fußmangel. Es sind die Wanfelmüthen, Unzugehörigen, die sich nie zu einer entscheidenden Tat bekennen. Und sie, ob sie ihren Beitrag zur Organisation vollenden wollen, so antworten sie in der Regel, sie wollen es sich selbst überlassen!

Leider besteht die übergroße Zahl der heute der Organisation noch fernliegenden aus solchen energie- und tönenlosen Personen, die nie auf sich selbst, sondern meist auf die setzen. Sie scheinen der Wurzel, aus der ein Jahrzehnt bestimmender Entwickelung hervorgegangen, zu sein. Ihr Leben ist ohne Tatkraft und eigene Bewegkraft, um sich für unsere Zeit. Nennen, die den Ernst der Zeiten nie erkennen, sich nie zu bestimmen, hat Johann Gottlieb Fichte vor über

zehn Jahren als Buchtitel gesetzt, in Preußen als Buchtitel gilt, werden an diesem Tage die Schnellzüge: D 121; ab Dresden-Hbf. früh 1.10, in Breslau früh 5.58, D 128; ab Breslau vor 11.28, ab Görlitz nachm. 2.20, in Dresden-Hbf. 4.15, D 63; ab Dresden-Hbf. nachm. 1.50, in Berlin-Anh.-B. 5.02, D 64; ab Berlin-Anh.-B. nachm. 1.08, in Dresden-Hbf. 4.37 und Zug 76; ab Elsterwerda nachm. 2.26, in Riesa 4.02, wie an Werktagen abgefertigt. Weiter werden die Schnellzüge D 121 (ab Dresden-Hbf. früh 1.10, in Breslau 5.58) und D 128 (ab Breslau vor 11.28, ab Görlitz nachm. 2.20, in Dresden-Hbf. 4.15) auch am Sonn-

tag den 3. März verschoben.

Leider wird niemals von selbst kommen. Werden es einmal das Gestern versäumt hat, das noch besser gewesen wäre, zur Bekämpfung selbst heute noch nicht zu tun, der wird es morgen noch weniger können. Der Herbst macht uns nur noch trüber und wiesgt uns nur noch in die freundliche Gewöhnung am unfern elenden Zu-

Noch weniger als die Zeit, in der die Tische keine Reden hielten, die Komende Zeit jenen jüngenden und elenden Söhnen der Menschen. Gerade die Zukunft verlangt unter jedem festen Entschluß. Ein Glied im großen muss jeden doch mit solchen Pflichtbewußtheit erfüllen, ob er auf ihm allein ankomme. Nur so entsteht eine neue Kraft, die es der Arbeiterklasse erlaubt, guten in die Zukunft zu schauen.

Ehrliche aus dem Grabe gegen die Vaterlandsparzelle.

In einer Rede zur Marcollo-Frage sagte unser vertretener Genosse Weibel 1911:

„Zum einen Krieger kommen sollte, so würde ich vor uns bilden Kriegerherren eine Brigade gebildet mit dem Titel: „Brigade zur Rettung der Ehre des Vaterlandes“ und am Ende der Säule der Tapferbedeckung die Worte stehen: „Helden des Vaterlandes“. (Erster Teil) Es müßten zunächst in die Schlacht die Väterleute und Abgeordneten, die hegenden Großväter, fürt, alle jene, die an der Kriegsfrage beteiligt waren, müßten in der Schlacht vorausgeschickt werden, eben doch meist ziemlich forschenden Leibern (Große Schuh) zur Ehre des Vaterlandes das Feld zu deßen. (Erster Teil) Das wurde und imponieren.“

Über ich bin überzeugt, daß diese Leute nicht nur nicht in den Krieg gehen, sondern es sich sogar sehr überlegen werden, ob sie im Kriegsfall die nötigen Millionen aus ihrer Tasche geben.“

Ueberall wächst „Tabak“.

Der Bundesrat hat neuerdings genehmigt, daß die Verwendung von Linden-, Ahorn-, Plataneblättern, Blättern der wilden und der Weinrebe und von Rosenblättern als Erbstoffe bei der Herstellung von Tabak erlaubt ist.

Und zwar unter der Rubrik „Gedächtnis“ nachlesen.

Dann wird allerdings mit zufälligem Augenaufschlag

und Röhrchen geschrieben, statt an das Dichterwort zu rufen:

Das Leben ist der Güter höchstes nicht;
Der Uebel größtes aber ist die Schuld.

Und zwar unter der Rubrik „Gedächtnis“ nachlesen.

Die Nationalliberalen Korrespondenz schreibt: „Die

demokratische Partei vertritt es nicht nur, die Lage, son-

der auch die Zustimmung der Kriegsbeschädigten auszunützen,

um sie sich ihrer aufladen und sie geistig

und materiell zu fördern zu versuchen.“ Soll man dies

auf die Sozialdemokratie überlassen? Warum kommt man

es auch in bürgerlichen Kreisen auf den Gedanken, den

Kriegsbeschädigten mit Rot und Tot zur Seite zu stehen. Be-

zugnahmen für sie zu gründen und durch Vermittlungen

in Stadt und Land für ihre rechte und sichere Verant-

wortung einzutreten? Vor allen Dingen liegt es nahe, zu fragen,

ob der Bundesverband des deutschen Kriegerverbands es

nicht auch in die soziale Hilfsarbeit, die sie schon

ganz natürlich einfügen, wenn sie auch die Sorge für

Kriegsbeschädigten in den Kreis ihrer Tätigkeit zieht.

Soll man dies

auf die Sozialdemokratie überlassen? Warum kommt man

es auch in bürgerlichen Kreisen auf den Gedanken, den

Kriegsbeschädigten mit Rot und Tot zur Seite zu stehen. Be-

zugnahmen für sie zu gründen und durch Vermittlungen

in Stadt und Land für ihre rechte und sichere Verant-

wortung einzutreten? Vor allen Dingen liegt es nahe, zu fragen,

ob der Bundesverband des deutschen Kriegerverbands es

nicht auch in die soziale Hilfsarbeit, die sie schon

ganz natürlich einfügen, wenn sie auch die Sorge für

Kriegsbeschädigten in den Kreis ihrer Tätigkeit zieht.

Soll man dies

auf die Sozialdemokratie überlassen? Warum kommt man

es auch in bürgerlichen Kreisen auf den Gedanken, den

Kriegsbeschädigten mit Rot und Tot zur Seite zu stehen. Be-

zugnahmen für sie zu gründen und durch Vermittlungen

in Stadt und Land für ihre rechte und sichere Verant-

wortung einzutreten? Vor allen Dingen liegt es nahe, zu fragen,

ob der Bundesverband des deutschen Kriegerverbands es

nicht auch in die soziale Hilfsarbeit, die sie schon

ganz natürlich einfügen, wenn sie auch die Sorge für

Kriegsbeschädigten in den Kreis ihrer Tätigkeit zieht.

Soll man dies

auf die Sozialdemokratie überlassen? Warum kommt man

es auch in bürgerlichen Kreisen auf den Gedanken, den

Kriegsbeschädigten mit Rot und Tot zur Seite zu stehen. Be-

zugnahmen für sie zu gründen und durch Vermittlungen

in Stadt und Land für ihre rechte und sichere Verant-

wortung einzutreten? Vor allen Dingen liegt es nahe, zu fragen,

ob der Bundesverband des deutschen Kriegerverbands es

nicht auch in die soziale Hilfsarbeit, die sie schon

ganz natürlich einfügen, wenn sie auch die Sorge für

Kriegsbeschädigten in den Kreis ihrer Tätigkeit zieht.

Soll man dies

auf die Sozialdemokratie überlassen? Warum kommt man

es auch in bürgerlichen Kreisen auf den Gedanken, den

Kriegsbeschädigten mit Rot und Tot zur Seite zu stehen. Be-

zugnahmen für sie zu gründen und durch Vermittlungen

in Stadt und Land für ihre rechte und sichere Verant-

wortung einzutreten? Vor allen Dingen liegt es nahe, zu fragen,

ob der Bundesverband des deutschen Kriegerverbands es

nicht auch in die soziale Hilfsarbeit, die sie schon

ganz natürlich einfügen, wenn sie auch die Sorge für

Kriegsbeschädigten in den Kreis ihrer Tätigkeit zieht.

Soll man dies

auf die Sozialdemokratie überlassen? Warum kommt man

es auch in bürgerlichen Kreisen auf den Gedanken, den

Kriegsbeschädigten mit Rot und Tot zur Seite zu stehen. Be-

zugnahmen für sie zu gründen und durch Vermittlungen

in Stadt und Land für ihre rechte und sichere Verant-

wortung einzutreten? Vor allen Dingen liegt es nahe, zu fragen,

ob der Bundesverband des deutschen Kriegerverbands es

nicht auch in die soziale Hilfsarbeit, die sie schon

ganz natürlich einfügen, wenn sie auch die Sorge für

Kriegsbeschädigten in den Kreis ihrer Tätigkeit zieht.

Soll man dies

auf die Sozialdemokratie überlassen? Warum kommt man

es auch in bürgerlichen Kreisen auf den Gedanken, den

Kriegsbeschädigten mit Rot und Tot zur Seite zu stehen. Be-

zugnahmen für sie zu gründen und durch Vermittlungen

in Stadt und Land für ihre rechte und sichere Verant-

wortung einzutreten? Vor allen Dingen liegt es nahe, zu fragen,

ob der Bundesverband des deutschen Kriegerverbands es

nicht auch in die soziale Hilfsarbeit, die sie schon

ganz natürlich einfügen, wenn sie auch die Sorge für

Kriegsbeschädigten in den Kreis ihrer Tätigkeit zieht.

Soll man dies

auf die Sozialdemokratie überlassen? Warum kommt man

es auch in bürgerlichen Kreisen auf den Gedanken, den

Kriegsbeschädigten mit Rot und Tot zur Seite zu stehen. Be-

zugnahmen für sie zu gründen und durch Vermittlungen

in Stadt und Land für ihre rechte und sichere Verant-

wortung einzutreten? Vor allen Dingen liegt es nahe, zu fragen,

ob der Bundesverband des deutschen Kriegerverbands es

nicht auch in die soziale Hilfsarbeit, die sie schon

ganz natürlich einfügen, wenn sie auch die Sorge für

Kriegsbeschädigten in den Kreis ihrer Tätigkeit zieht.

Soll man dies

auf die Sozialdemokratie überlassen? Warum kommt man

es auch in bürgerlichen Kreisen auf den Gedanken, den

Kriegsbeschädigten mit Rot und Tot zur Seite zu stehen. Be-

zugnahmen für sie zu gründen und durch Vermittlungen

in Stadt und Land für ihre rechte und sichere Verant-

wortung einzutreten? Vor allen Dingen liegt es nahe, zu fragen,

ob der Bundesverband des deutschen Kriegerverbands es

nicht auch in die soziale Hilfsarbeit, die sie schon

ganz natürlich ein

Doch, das tut es. Du bist mir zu langsam, um so kleine Wunder
haben leben zu können. Du aber kann es, also bist du fürsichtiger
als ich." "Wachspapier", antwortete Tung. "Du blinder Teufel!" gab
Tung zurück. Endlich eintreffen sie sich hinter dem Priester des
Tempels ganz Schiebetüren anzugreifen. Nachdem er sie angezählt
hatte, antwortete dieser lächelnd: "Liebe Freunde, ihr habt beide
rechts; denn es liegt gar keine Lüge da, deren Anfahrt ihr hätte
lassen können. Gestern abend habe ich sie in den Tempel gehängt." —
Son nun an kritiken sich Tung und Teng nie mehr darum,
welcher von ihnen am besten führe.

Theater.

Opernhaus. Mit Neubekleidung der Titelrolle wurde gestern
Emilia Kastan's Verkaufsteatra gegeben, deren Erfolg trotz den
damit legte Woche in Prag beim Zielona-Roll verknüpften deutsch-
österreichischen Aufführungen erfreulicherweise bei uns nicht bedauert wurde. Elisabeth Reithberg erhält hümliche Vorstellungserfolg bei
Marie; jung und mit dem einzigartig verbindet sie doch innerlichkeit.
Gesamtaufführung mit lebhafter Naturhaftigkeit; ihr überlange Cupido
(obwohl als indiskret gemeldet), in der Höhe hat anstrengend.
folgte der Smetanischen Melodienleistung mit seiner Viehphantast, und auch die dramatischen Szenen gewannen fröhliches Leben. So
hat die beobachtbare preußische Ausstrahlung sie neben ihrer Charakter-
und Melodie eine hohe, unterdrückende, aber voll von ihr ausgeprägte
Titelrolle erobert. — Die unter Aufschwung lebhaft vorherrschende
Aufführung wurde, wie immer, von dem fröhlichen Heimat-
vermittler Arnold, dem in seiner Art einzigen Stoffweisen-
Rüdiger und dem liebenswerten Hans Lauberd getragen; durch
die schönen Stimmen der Emilie Pfeiffer fiel die kleine Rolle von
Markus Ritter auf.

Konzerter.

Das Dresdner Streichquartett Habermann-Watzlawick. Hugo Rauns C-Roll-Konzert op. 74. Es besteht im Sinne finnischer
Musik eigentlich nur aus zwei Sätzen, dem als sehr lebhaft und
energetisch bezeichneten Hauptzug und einem als sehr ruhig und innig
bezeichneten Andante; die beiden folgenden nämlich können nach
Zeitgehalt und Prägung hin betrachtet nicht als ebenbürtige,
gleitige Phasen genommen werden — sie stellen beinahe nur

kleine Abendkonzerte im Sinne der Märkischen Suite dar. Aber
die ersten zwei Sätze sprechen durchaus eine gehobene und ein-
drucksvolle Sprache, die sich durch großen Zug und gediegene,
auch den Musiker freiliebende Melodie verlaufen macht. Nach
dann folgten zwei der vollständigsten Werke der Quartett-
literatur: Smetanas "Aus meinem Leben" und Beethoven's erstes
Ero-Tur-Quartett, das sogenannte Horsens-Quartett. Es war er-
staunlich und erquickend, wie die vier Spieler in der Höhe ihrer
Kraft sich den weit auseinander liegenden Stilelementen der drei
Werke anpassen und die buntfarbigen Stimmmwerte lebendig
werden ließen. Der Dank der Zuhörer war am Schluss denn auch
überaus herzlich und ehrlich.

P. R.

Dresdner Kalender.

Theater am 27. und 28. Februar. Opernhaus. 27.: ge-
schlossen. 28.: Tonhalle (8½) — Schauspielhaus. 27.: ge-
schlossen. 28.: Platztheater. — Albert-Theater. 27.: Antigone,
Mozart (7½). 28.: Freuden (7½). — Neidberg-Theater.
27.: Neue Würde. Mozart (8½); Der Tod des Empedokles,
revisorische Darstellung (7½). 28.: Mein Amor (7½). — Semper-
Theater. 27.: geschlossen. 28.: Die Rose von Sombal (7½). —
Volksschul-Theater. 27.: geschlossen. 28.: Heimat (7½). —
Schauspielhaus, Kaiser Heinrich der Seefahrer des Gedächtnis von
Christian Dietrich Gräbe wird, von Dr. Karl Wolf für die Bühne
bearbeitet, am 3. März zum erstenmal aufgeführt. Die Titelrolle
spielt Theodor Peter. Spielleitung: Ernst Lewinger. — Die am
27. Februar aufzuführende Mietwoch-Utonement ist. Vor-
stellung wird am Donnerstag den 28. Februar nachgeholt. Zur
Aufführung gelangt Planchette, Anfang: 6 Uhr.

Central-Theater. Der ersten Sieben goldene Zeit. Singspiel in
drei Akten von Leo Kofler. Musik von Gilbert, wird als nächste
Reise vorbereitet.

Das XX. Volk - Einlaufenkonzert des Philharmonischen
Orchesters findet unter der Leitung des Kapellmeisters Gustav Gell-
horn-Dibelotowitsch Donnerstag 7½ Uhr im Gewerbebau statt.
Als Solist wirkt Herr Henry Caplinoff, Professor am Kon-
servatorium zu Krakau (Violin), mit. Eintrittskarten für Organi-
sationsmitglieder zum Preise von 90 Pf. im Gewerbebau statt,
Mitgliedsbeitrag: 4.

Auf die Sächsische Künstlerhilfswoche, die vom 18. bis 21. April
im ganzen Königreich stattfindet, erscheinen Anfang nächster

Woche die Gutscheinhefte der Stadt Dresden. Gleichzeitig
wird Prager Straße 22 eine Geschäftsstelle eröffnet. Das
Dresdner Gutscheinamt (Preis 3 Mark) enthält nebst 64 Gutscheinen
für eine Fülle von Sachen und Hörenswürdigkeiten aller Art ein
Zoß der vom Agl. Ministerium genehmigten Sorterie. Jedes
zehnte Zoß gewinnt. Gesamtwert der Gewinne 70 000 Mark.

Kleine Mitteilungen.

Die Dresdner Holopen wird in der Kartwoche eine Ausstellung
nach Riga unternehmen. Sie wird dort Die Meisterläger. Röbel
und Tiefland je eins bis zweimal aufführen, ferner ein Streites-
Strouh-Konzert im Theater und am Nachmittag ein Pariser-Konzert
in der Kirche geben.

Der Wirtschaftsbund Sächsischer Kunsthändler wird die
familiäre Leipzig-Ostermesse wieder besuchen. Eine Ausstellung
wurde befindet sich wie im vergangenen Jahre, im Städtischen Aus-
haus, Neumarkt 9. Da keine Mängelhaft, die durch eine Um-
arbeitung bestimmt wird, sich vergrößert hat, so wird es ihm
diesmal noch mehr als auf der Michaelsmesse möglich sein, eine
fachliche Kunstdauerkarte zur Anhäufung zu bringen. Abschlössen
wird die Ausstellung durch handgefertigte ergebnisse Spuren,
durch Spielwaren und geschlossene Gläser bereitgestellt werden.

Heine und Mendelssohn an der Bühne. Am Wiener Bürger-
theater gelangt in der nächsten Spielzeit eine Operette Sächsische
auf Erstauflösung, in deren Mittelpunkte Heinrich Heine steht. Die
Musik zu dieser Reise, deren Vom von Alfred Brammer und Julius
Gründel stammt, hat der Kapellmeister Johann-Strauß-Direktor
Arthur Gutmann mit Benutzung von Mendelssohn'schen Motiven ge-
schrieben. — Nach Schubert müssen also Heine und Mendelssohn daran
wirken, den heutigen Dichtern und Vertreternantiken verbrennen zu
helfen.

Humor und Satire.

Sie versteht's! Die Frau Geheimrat vermag seit einiger Zeit
ihre Familie der vornehmsten und engstolzesten Bräute zu ver-
schen. Die Mann, sehr erstaunt, fragt sie aber doch, ob das end-
lich mit zu hohen Kosten verbunden sei? Nicht im geringsten!
antwortete die Geheimrat, "ich habe nur der Verkörperung des Zu-
angeboten".

Augen

rechten Vorn hat das arme Opfer dieses Krieges in unserem Heim-
satz nicht. Wir haben nur bisher angenommen, daß es mindestens
gegenüber den Kriegsbeschädigten so etwas wie eine fiktive
Pflicht gibt!

A. D.

Volata.

Beilegung der Differenzen in der Dresdner Zigarettenindustrie.
Die Differenzen in der Dresdner Zigarettenindustrie sind
beileggt. Es kam zu Verhandlungen zwischen der Organisations-
leitung der Fabrikarbeiter und dem Arbeitgeberverband der Zigaret-
tentenindustrie. Da steht nun dem Antrag zu. Das Den-
kmalzögler liege ausgerechnet vor, habe aber wegen dringenderer
Geschäfte noch zurückgestellt werden müssen. Neuerdings wünscht
noch mehr auch der baldige Erhalt eines Ausführungsberichts für Kunst-
gegenstände.

Vor

Fabrikarbeiter

werben

die

vorliegenden

Anträge

der

Fabrikarbeiter

zu

erhöhen

Sicherheit

zu

gewährleisten

zu

verbessern

zu